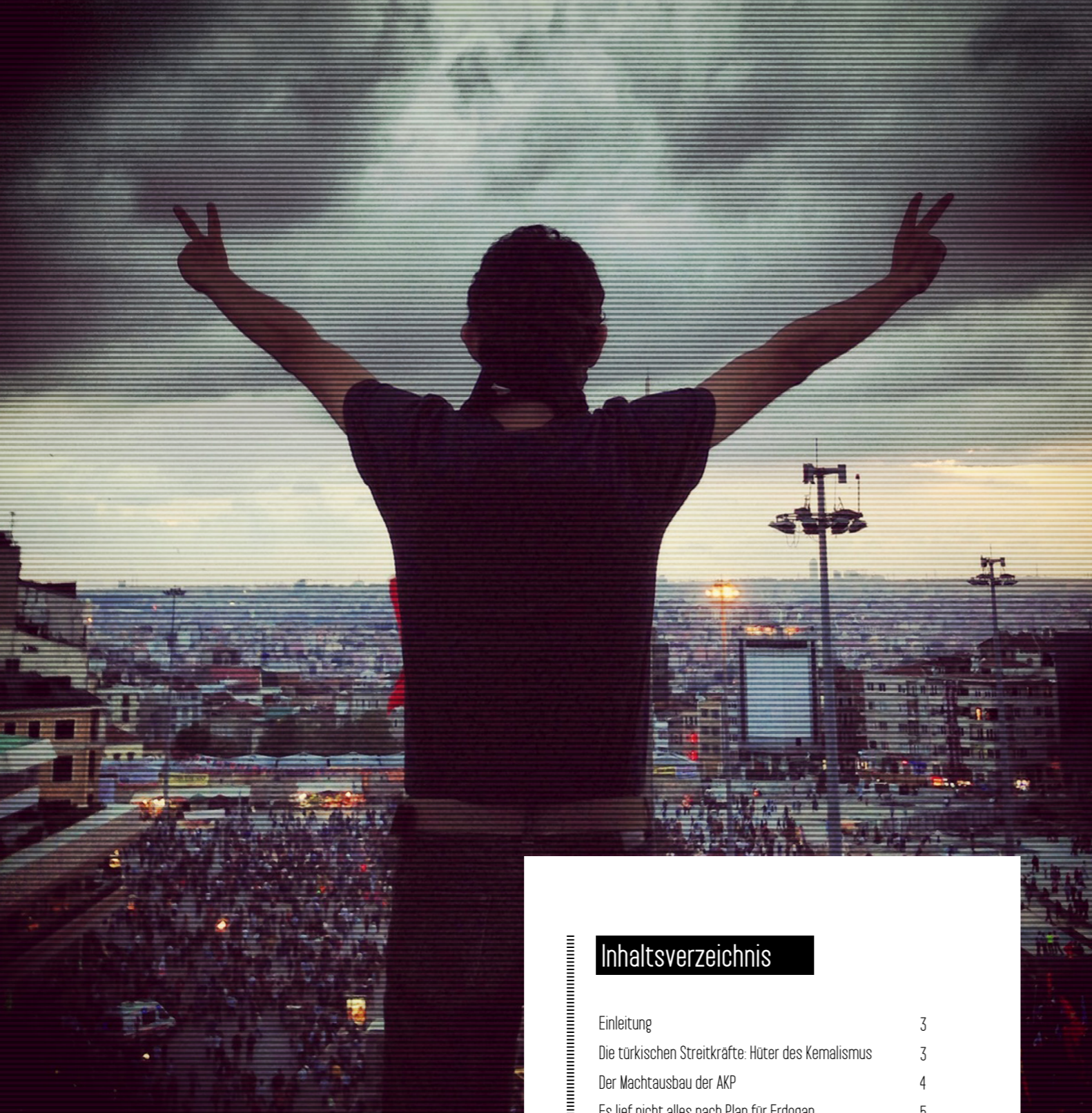


Türkei:

Auf dem Weg in den Faschismus?



- | Aufstieg der AKP
- | Kurdischer Befreiungskampf
- | Internationale Solidarität



Die aktuelle diplomatische Eskalation zwischen der Türkei und einigen EU-Staaten, im Streit um Wahlkampfauftritte türkischer Regierungsmitglieder in Europa, ist in aller Munde. Im Vorfeld des Referendums, um das geplante Präsidialsystem, das die Alleinherrschaft Erdogans weiter festigen soll, gerät damit die Situation in der Türkei selbst etwas aus dem Blick. Um die momentane Entwicklung, abseits von verbalen Drohungen und Wahlkampfgetöse einordnen zu können, lohnt eine Betrachtung politischer, historischer und ökonomischer Hintergründe der Umbrüche in der Türkei.

Seit Monaten überschlagen sich die Ereignisse in der Türkei: Mitte Dezember wurden über 100 Büros der pro-kurdischen Partei HDP angegriffen, mehrere davon in Brand gesetzt, faschistische Mobs lauerten HDP'lerInnen und anderen Linken auf der Straße auf und jagen sie. Was wie der Beginn eines bösen Spielfilms über die Verfolgung von Menschen im Faschismus erscheint, ist in der Türkei bittere Realität. Die Verhaftung der beiden Vorsitzenden der größten Oppositionspartei HDP am 4. November 2016 markierten einen weiteren Höhepunkt auf dem Weg von Präsident Erdogan seine Alleinherrschaft in der Türkei weiter auszubauen. Unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung“ wurde bereits Wochen zuvor die Immunität von sämtlichen Abgeordneten und ParlamentarierInnen der HDP aufgehoben und damit der Weg für die jüngste Verhaftungswelle geebnet. Mittlerweile befinden sich rund 3.000 HDP'lerInnen in Haft – ohne die tausenden anderen Gefangenen zu benennen. Gleichzeitig wurden kritische BürgermeisterInnen von über 80 Städten abgesetzt und mit Erdogan-nahen Verwaltern ersetzt. Diese Entwicklung zeigt, dass Erdogan den, seit dem Militärputsch Mitte Juli intensivierten, Säuberungsprozess fortführt und mit staatlichem Terror seinen Machtapparat festigt.

Den Putschversuch, den Erdogan der Gülen-Bewegung zuschreibt, hat das AKP-Regime erbarmungslos ausgenutzt, um seine Machtbasis zu festigen und die schon lange geplanten Ankündigungen das Militär und die Justiz von seinen Gegnern zu säubern, in die Tat umzusetzen. Die türkische Regierung nutzte die Gelegenheit außerdem, um auch den Krieg gegen die fortschrittliche Bewegung in Kurdistan und Repression gegen die revolutionäre Linke in der Türkei zu intensivieren. Der kurdische Kampf um Befreiung hatte in den letzten Jahren große Erfolge erzielt.

Während in Rojava, den mehrheitlich kurdischen Teilen Syriens, die basisdemokratische Selbstverwaltung seit etwa 2012 Realität ist, fand die Verankerung der von der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) geführten kurdischen Freiheits- und Demokratie-Bewegung in der Türkei ihren Ausdruck in den Wahlerfolgen der HDP und im Bestreben um regionale Autonomie. Erdogan begegnet diesen Erfolgen mit einer Vernichtungspolitik: Er lässt oppositionelle PolitikerInnen in den Knästen verschwinden, schließt linke, selbst kritische bürgerliche Zeitungen und greift schonungslos und unablässig die Bevölkerung der kurdischen Städte an.

Schon längst setzt er sein Modell der Alleinherrschaft nicht nur politisch, sondern militärisch mit einer Politik der Massenvertreibung, -verhaftung, Morden und Bombardements um. Um den Machtausbau der AKP zu verstehen, ist es sinnvoll auf ihre Entstehung zurückzublicken, um auch die jetzigen Geschehnisse schlüssig einzuordnen.

DIE TÜRKISCHEN STREITKRÄFTE: HÜTER DES KEMALISMUS

Bevor die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“, die AKP, die politische Bühne betrat, war das türkische Militär die bestimmende politische Kraft in der Türkei. Bereits drei Regierungen (1961, 1971, 1980) wurden durch das Militär geputscht. Aus dieser Zeit der diktatorischen Staatsapparatur sind wesentliche Elemente in die späteren „demokratisch“ gewählten

In seinem wahnwitzigen Projekt, die Alleinherrschaft an sich zu reißen, war der versuchte Militärputsch in der Nacht des 16. Juli 2016 die vielleicht bedrohlichste Situation für den türkischen Präsidenten Erdogan und seine Regierungspartei AKP. Teile des türkischen Militärs blockierten mit Panzern die Istanbul-Bosporus-Brücke und besetzten mehrere Flughäfen, Fernsehsender, Staats- und Militärgebäude. Innerhalb weniger Stunden wurde der Putschversuch jedoch durch AKP-loyale Militär- und Polizeieinheiten im Verbund mit Erdogan-AnhängerInnen vereitelt. Doch weder die Putschisten noch die AKP-AnhängerInnen auf der Straße, hatten die Absicht demokratische Grundrechte wiederherzustellen. Der gescheiterte Sturz Erdogans ist stattdessen Ausdruck eines Machtkampfes zwischen den politischen Fraktionen der Herrschenden – und jede dieser Fraktionen ist auf ihre eigene Art reaktionär.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Die türkischen Streitkräfte: Hüter des Kemalismus	3
Der Machtausbau der AKP	4
Es lief nicht alles nach Plan für Erdogan	5
Strategie der Spannung	7
Der Putsch nach dem Putsch: Verschärfter Klassenkampf Repression nach Innen	7
Faschismus? - Faschisierung	8
Türkische Außenpolitik: Das Streben nach Hegemonie	8
Faschisierung	9
Unsere Solidarität gilt den revolutionären Kräften	10
Proletarischer Internationalismus	11

HerausgeberInnen:
Perspektive Kommunismus
www.perspektive-kommunismus.org
Druck und Verlag: Eigendruck im Selbstverlag
Erscheinungsjahr: April 2017
VISdP: Gerda Breit, Bergwiesenstr. 2, 81541 München

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der AbsenderIn bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Regierungen übergegangen. So wurden Strukturen und gesetzlich verankerte Mechanismen geschaffen, die dem Militär außerordentlichen Einfluss in Staatsgeschäfte und Wirtschaftsbelange zusicherten. Über den Nationalen Sicherheitsrat erschufen sie ein mächtiges Veto-Instrument um in jeden Bereich der Staatsangelegenheiten zu intervenieren – damit wurde ein Organ kreiert, das quasi über dem Gesetz steht. Als ein militärisch-industrieller Komplex sicherte sich das Militär auch ökonomisch seinen eigenen Einfluss. Mit der Holdinggesellschaft OYAK hatte sich das Militär eine eigene Unternehmergruppe zugelegt, die in wichtigen Wirtschaftszweigen (Autoindustrie, Erdöl und Petrochemie, Elektronik, Nahrungsmittelindustrie usw.) verankert war und über diverse Beteiligungen verfügte. Das Militär versteht sich nicht zuletzt als Hüter der kemalistischen Prinzipien und Ideen.

Bis die AKP an die Macht kam, war der Kemalismus die staatstragende Ideologie. Idee und Ziel des Kemalismus ist es u.a. aus dem ehemaligen Vielvölkerstaat des Osmanischen Reiches einen modernen Nationalstaat unter dem Banner „einer einheitlichen Nation, einer Sprache und einer Fahne“ zu formen. Dieses ideologische Konstrukt bildete das Fundament der entstehenden türkischen Bourgeoisie und führte zu ihrer Stärkung. Dies schaffte die Voraussetzung für die Bildung eines modernen Nationalstaats, der die Grundlage bildet für eine reibungslose kapitalistische Produktion, für den Schutz von Eigentum oder der Regulierung und Verwaltung der Geschäfte der Herrschenden untereinander. Das ging allerdings damit einher, dass ethnische oder religiöse Volksgruppen, wie die KurdInnen oder die AlevitInnen, gelehrt und unterdrückt wurden.

Doch die geographische Realität dieses Landes – mit einer Vielzahl an Sprachen und ethnischen Gruppen – erschwerte die Durchsetzung dieser politischen Linie in der Türkei sehr. Der Widerspruch entlud sich seit der Gründung des türkischen Nationalstaates 1929 immer wieder auch bewaffnet. Allein die kurdische Bevölkerung erhob sich in 29 Aufständen gegen die Besetzung Nordkurdistans durch die Türkei. Diese Erfahrungen mündeten 1978 in die Gründung der PKK. Sie konnte trotz vieler Rückschläge nie gänzlich zerschlagen werden und ist der Grund für einen bis heute andauernden breiten zivilen und bewaffneten Widerstand. Er hat sich in mehr als 39 Jahren zu einer mächtigen Gegenmacht und kämpfenden Freiheitsbewegung entwickelt, die den Kemalismus und seine Fundamente immer wieder herausforderte.

Mit dem kurdischen Befreiungskampf verloren die Streitkräfte sowohl innerhalb der kriegsmüden Bevölkerung an Unterstützung, als auch bei der türkischen Bourgeoisie. Die entstandene innenpolitische Instabilität in Kombination mit einer anhaltenden Stagnation in der politischen und ökonomischen Annäherung an die EU, schwindender Einfluss als Militär- und Wirtschaftsmacht in der Region und die aus diesen Faktoren resultierende Unzufriedenheit bei weiten Teilen der türkischen Bourgeoisie erkannte Erdogan und wusste diese Widersprüche auszunutzen.

DER MACHTAUSBAU DER AKP

Der Wahlerfolg der AKP im Jahr 2002 lässt sich nicht zuletzt auf diverse Versprechen Erdogans an die Bevölkerung und Unternehmerverbände zurückführen. So versprach er (1.) den Beitritt in die EU zu verhandeln, (2.) die Kurdenfrage zu lösen, (3.) die Fälle der während der Militärdiktaturen „Verschwundenen“ aufzuklären und (4.) die Türkei zu demokratisieren. Seine Taktik verschiedenen Interessensgruppen Versprechungen zu machen und die Hoffnung zu wecken eine zutiefst zerrissene Gesellschaft zu einen, ging auf.

Insbesondere die Interessen der türkischen Bourgeoisie und seiner Fraktionen bediente das neue Staatsoberhaupt: Den beiden einflussreichsten und untereinander konkurrierenden Unternehmerverbänden MÜSIAD (Verein Unabhängiger Unternehmer und Industrieller) und TÜSIAD (Verband der Industriellen und Arbeitgeber in der Türkei) versprach Erdogan eine investorenfreundliche und neoliberale Politik, sowie neue Expansionsmöglichkeiten für türkisches Kapital und damit steigende Profite. Die islamisch geprägte und oft als „grüne Bourgeoisie“ bezeichnete MÜSIAD wurde gestärkt, indem Erdogan ihr u.a. den Immobiliensektor zuwies – ein Wirtschaftszweig, der zuvor die Kapitalfraktion unter TÜSIAD unter Kontrolle hatte. Diesen Schachzug ließen die in der TÜSIAD organisierten und stark in der Region und international vertretenden Konzerne nur deswegen zu, weil sie durch den politischen Wechsel ihre Stellung und Einflussgebiete auch außerhalb der Türkei – insbesondere im Nordirak und Syrien – ausweiten konnten.

Weiteren Wirtschaftsakteuren widmete sich Erdogan ebenso. Indem die AKP mittelständischen Unternehmen zukünftige Investitionsangebote in Kurdistan an das großosmanische Projekt in Aussicht stellte, konnte sie zusätzliche Unternehmerverbände an sich binden. Die herrschende Klasse und wirtschaftliche Elite war

demnach von Beginn an eine der wichtigsten Stützen des von Erdogan repräsentierten politischen Islams. Weitere Unterstützung erhielt die AKP durch die Kooperation mit dem Imam Fethullah Güllen und seinem islamischen Netzwerk, der über hunderte Bildungs- und Sozialeinrichtungen verfügt. Erdogan sicherte Güllen Unterstützung zu und bestückte den Staatsapparat mit islamischen Kadern der Güllen-Bewegung, da die junge AKP-Partei zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Lage war sein eigenes Personal an die zentralen staatlichen Schaltstellen zu bringen. Die damalige enge Zusammenarbeit mit Güllen wurde erst deutlich später aufgekündigt.

Erdogan und seine AKP bildeten nun zwar die Regierung, aber das Militär war noch immer nicht entmachtet. Ein erster Schritt dorthin erfolgte 2007, als unter dem Vorwurf einen Staatsstreich zu organisieren, 3.000 Personen aus dem türkischen Militär verhaftet wurden. Mit Beginn der Entmachtung des Militärs begann für Erdogan und die AKP eine neue Etappe der Herrschaft.

ES LIEF NICHT ALLES NACH PLAN FÜR ERDOGAN

KurdInnen: Durch die Friedensgespräche mit der kurdischen Befreiungsbewegung hoffte die Regierung den politischen Feind in das System zu integrieren. Hier sah die AKP die wesentlichen Gefährder für ihren nationalistischen Kurs. Die Regierung versuchte sich den politischen Frieden mit den KurdInnen durch einige Zugeständnisse (Aufhebung des Verbots kurdischer Musik, Gründung eines staatlichen kurdischen TV-Senders) zu erkaufen. Die gleiche oberflächliche Umarmungsstrategie wurde auch bei den AlevitInnen und anderen Oppositionellen angewandt. Doch die kurdische Befreiungsbewegung ließ sich nicht, wie etwa das kurdische Barzani-Regime im Nordirak, kaufen und ins großtürkisch-kapitalistische System integrieren. Auch die Verschleppung, Verurteilung zum Tod und anschließende Isolationshaft 1999 von Abdullah Öcalan, dem PKK-Vorsitzenden und politischen Vertreter der kurdischen Befreiungsbewegung, konnte die AKP-Herrschaft nicht stabilisieren. Der kurdische Befreiungskampf wurde weitergeführt und gewann an politischer Stärke. Ebenso begannen die AlevitInnen, die der AKP traditionell kritisch gegenüber stehen, Basisorganisationen zu gründen und Forderungen zu stellen.



Kämpferin der YPJ in Rojava

Später sollte insbesondere das alternative Gesellschaftsmodell der kurdischen Linken, das durch die Revolution in Rojava 2012 erkämpft und erprobt wurde und reale Autonomie für die syrischen KurdInnen bedeutet, für die AKP und ihren Führer zum verhängnisvollsten und starken Feind werden. Es war nicht zuletzt die Existenz Rojavas, die die Türkei von ihrer Politik der Zugeständnisse endgültig abweichen und die Zeit der Friedensgespräche beenden ließ. Das basisdemokratische Modell in Rojava widersprach nicht nur grundsätzlich den ökonomischen Interessen und dem nationalistischen Kurs der Türkei, sondern griff auch die Grundfesten der Alleinherrschaft Erdogans an.

Türkische Linke: Auch wenn der schmutzige Krieg in den 90ern mit seinen extralegalen Hinrichtungen, Vertreibung und Verhaftungen eine empfindliche Schwächung für die revolutionären Kräfte bedeutete, wurden auch sie nicht besiegt, sondern führten sowohl in den Knästen, als auch in den türkischen Städten den Kampf für eine revolutionäre Umwälzung fort. Trotz einem Bedeutungsverlust, gelang es mehreren Organisationen sich zu reorganisieren.

Bruch mit Güllen: Ungefähr zeitgleich zum revolutionären Prozess in Rojava verstärkten sich auch die Widersprüche mit der Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Güllen. Was er zuvor mit aufgebaut hatte und vorteilhaft auszunutzen wuss-

Strategie der Spannung

te, fiel Erdogan nun auf die eigenen Füße. Die Tatsache, dass die Gülen Bewegung insbesondere im Bildungsbereich und staatlichen Institutionen fast schon ein Imperium inne hatte, und Gülen in der Tradition einer starken US-Orientierung stand, waren Umstände, die Erdogan zunehmend missfielen und seinen Interessen zuwider liefen. Mit der Offenlegung illegaler Geldgeschäfte wichtiger AKP'ler - durch von Gülen beeinflusste Polizeieinheiten im Dezember 2013 - deklarierte Erdogan Gülen zum neuen Erzfeind. Als die Gülen-Bewegung dann versuchte den Geheimdienst zu unterwandern und an sich zu reißen, kam es zum endgültigen Bruch und zu einem offen ausgefochtenen Machtkampf. Die Gülen-Anhänger wurden als terroristische Bande dargestellt, die danach strebe eine parallele Staatsstruktur aufzubauen. Der gescheiterte Putschversuch 2016 war ein willkommenes Geschenk, um eine Verfolgungsjagd auf Gülen und seine Gefolgschaft in Bildungsinstitutionen, Militär, Justiz, Polizei und anderen staatlichen Stellen zu entfachen.

Gezi-Proteste: Nicht zuletzt auch die Aufstände der türkischen Bevölkerung im Jahr 2013, die wahrscheinlich zu den größten in der türkischen Geschichte zählen, entwickelten sich zu einem immer größeren Problem. Die Bilder der Taksim-Aufstände dürften noch allen im Kopf sein: AktivistInnen, die sich gegen die Bebauung des Gezi-Parks in Istanbul stellten, wurden brutal von der türkischen Polizei angegangen – ähnliche Bilder gab es auch von den Protesten gegen die großen Staudammprojekte. Dabei war die Ursache der Massenproteste weniger in den konkreten Baumaßnahmen, als vielmehr im autoritären Regierungsstil Erdogans zu finden. Dies und die rückschrittlichen Gesetzesänderungen der AKP, beispielsweise das Verbot öffentlich Alkohol zu konsumieren oder sich in der Öffentlichkeit zu küssen, zogen Millionen Menschen auf die Straße, um gegen die konservativ-islamistische Regierung aufzubegehren.

HDP: Aus dieser Phase und als Ausdruck dieser aufständischen Bewegung im Land wurde die HDP (Partei der Demokratie der Völker) geboren. Die Bündnispartei aus vielen verschiedenen emanzipatorischen Kräften in der Türkei trat zu Parlamentswahl an und schon Umfragen prognostizierten einen hohen Wahlerfolg. Die pro-kurdische HDP mit einer relevanten Fraktionsstärke wurde damit zu einer Bedrohung für das neo-osmanische Projekt, das Erdogan mittels des Präsidialsystems durchsetzen wollte. Folglich wurde die gesamte linke Bewegung in der Türkei zum Feindbild erklärt. Kurz

vor der Wahl detonierte dann die erste Bombe auf einer HDP-Kundgebung.

Trotz der geschürten Angst und der „Strategie der Spannung“ erzielte die HDP bei den Wahlen große Erfolge. Im Juni 2015 zog sie mit 13% ins türkische Parlament, womit die AKP nicht mehr die alleinige Regierung stellen konnte. Was folgte ist bekannt: Erdogan verhinderte die Regierungsbildung und setzte auf Neuwahlen. Zeitgleich begann der Staat mit einer Kampagne massiver Repression, Festnahmewellen und mit Luftangriffen auf PKK-Stellungen. Auch im Inneren folgte ein Anschlag dem anderen und eine Verhaftung der anderen. HDP-Abgeordnete wurden durch die Aufhebung der Immunität quasi für vogelfrei erklärt und entsprechend nahmen die gewalttätigen Übergriffe auf die PolitikerInnen durch die staatlichen Apparate, die Polizei, aber vor allem durch den reaktionäre Mob auf der Straße zu.

Der Krieg in Kurdistan intensivierte sich in den folgenden Monaten zusehends. Als Antwort auf die andauernde Repression und den permanenten Kriegszustand wurden in einigen kurdischen Städten Barrikaden errichtet und die teils schon lange parallel zu den staatlichen Strukturen arbeitenden Selbstverwaltungsorgane, traten offen auf und riefen ihre Autonomie aus. Schnell bildeten sich die Selbstverteidigungseinheiten der YPS, um den militärischen Schutz der basisdemokratischen Strukturen zu gewährleisten. Die folgenden massiven Angriffe durch Polizei, paramilitärische Einheiten, Islamisten und die Armee inklusive der Luftwaffe, legten ganze Städte in Schutt und Asche. Tausende Menschen wurden von schwerer Artillerie, Bomben und Scharfschützen getötet, zahlreiche Unbewaffnete lebendig in ihren Häusern verbrannt.

Dennoch hielten die Selbstverwaltungsstrukturen auf beeindruckende Weise der zweitgrößten NATO-Armee stand. Musste eine Front aufgegeben werden, wurde bereits an anderer Stelle die nächste eröffnet. Auch wenn sie Verluste erlitten und sich letztlich aus vielen Regionen zurückziehen mussten, ist die kurdische Befreiungsbewegung noch immer nicht besiegt, erst Recht nicht in ihrem Kampfeswillen.

Militär: Das Fatale an dieser politischen Lage waren für den türkischen Staat die Auswirkungen aufs Militär. Der Krieg in der kurdischen Region wurde auch für die Streitkräfte immer verlustreicher. Hunderte tote Militärangehörige wurden verheimlicht und auf geheimen Friedhöfen bei-

Die „Strategie der Spannung“ zielt auf den Machterhalt der Herrschenden, die Diskreditierung linker und demokratischer Kräfte, oder soll diktatorische Maßnahmen rechtfertigen. Die Gesellschaft soll insbesondere durch vom Staat direkt oder indirekt begangene Anschläge verunsichert und ins Chaos gestürzt werden. Wahllose, brutale Attentate

mit vielen Opfern, können einerseits dem politischen Gegner in die Schuhe geschoben werden und umfassende Repression legitimieren. Vor allem aber soll die Angst das Bedürfnis nach gesellschaftlichem Fortschritt und Veränderung überlagern. Eine mit weitreichenden Vollmachten ausgestattete „starke“ Regierung erscheint dann als einziger Garant von Ordnung und Stabi-

lität. Die „Strategie der Spannung“ wurde erstmals in den 70er Jahren in Italien von Geheimdienst- und NATO-Strukturen angewandt, um die gut verankerte revolutionäre Bewegung, insbesondere auch die „Roten Brigaden“ in Verruf zu bringen, sowie eine mögliche Regierungsbeteiligung der (damals schon reformistischen) Kommunistischen Partei Italiens zu verhindern.

gesetzt, während die türkische Kriegspropaganda die verrücktesten Erfolgsmeldungen verkündete. Die militärischen Misserfolge, aber auch die Paramilitarisierung des Konfliktes durch dschihadistische Gruppierungen, begleitet durch ein imposantes staatliches Lügenorchester, führte zunehmend zu einer Demoralisierung bei Polizei und Militär: Etliche verweigerten den Befehl, unzählige desertierten.

DER PUTSCH NACH DEM PUTSCH: VERSCHÄRFTER KLASSENKAMPF & REPRESSION NACH INNEN

Der Unmut im Militär, die zunehmende Machtkonzentration auf Erdogan, sein Vorgehen gegen jegliche Opposition und die relative Schwäche der AKP liefern vielleicht einige Gründe dafür, dass Teile der türkischen Streitkräfte im Sommer 2016 putschten. Der gescheiterte Umsturz hatte zwei wichtige Effekte: Erstens positionierten sich viele Erdogan und seiner Regierung kritisch eingestellte Teile der Bevölkerung nach dem Putsch doch auf seiner Seite und zweitens radikalisierte dieser seinen islamisch-nationalistischen Kurs. Säuberungswellen trugen ganz wesentlich dazu bei seine Macht festigen. Zehntausende Polizisten, Soldaten, LehrerInnen, JuristInnen und JournalistInnen wurden entlassen oder festgenommen. Zeitungsverlage, Rundfunksender und Medienunternehmen wurden geschlossen, die Immunität von im Parlament vertretenen PolitikerInnen der HDP aufgehoben und ein Dutzend festgenommen. Darunter auch die Parteispitze. Erdogan vollzog damit unablässig eine auf ihn zugeschnittene Neustrukturierung des

Staatsapparats, indem die wichtigen Schlüsselstellen nicht nur in den Regierungsrängen, sondern auch im Militär und Justizwesen fortlaufend mit seinen Leuten besetzt wurden.

Durch den im Parlament beschlossenen Ausnahmezustand konnten alle möglichen rechtsstaatlichen Verfahren ausgesetzt werden, Verfassungsbrüche begangen und fehlende Parlamentsmehrheiten umgangen werden. Polizei und Richter erhielten einen Freifahrtsschein, um nicht nur vermeintlich Gülen-nahe Leute zu verfolgen, sondern auch linke Organisationen und Bewegungen zu bekämpfen – sogar Enthauptungen durch den Mob auf der Straße werden geduldet.

Neben der Repression gegen Gülen-Anhänger und jegliche linke Opposition verfolgt bis heute die AKP einen Kurs der nationalen Einheit. Mit den im Anschluss an den Putschversuch eingeleiteten Gesprächen mit der sozialdemokratischen CHP (Republikanische Volkspartei) und der offen faschistischen MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) hat Erdogan die beiden Parteien dazu gedrängt, seinen autoritären Kurs und die Säuberungsaktionen aufgrund einer „Nationalen Bedrohung“ zu legitimieren und sich seinem Kurs freiwillig unterzuordnen – auch wenn die CHP bisweilen immer noch „Opposition“ simuliert. Für Erdogan gibt es nur zwei Varianten: Entweder man ist auf seiner Seite oder auf der Seite von Terrorbanden. Wer sich seinem Kurs unterordnet, wird von massiver Repression und Verfolgung verschont. Wer seinen Kurs der Alleinherrschaft kritisiert und Widerstand leistet, ist eine „Gefahr für den türkischen Staat“ und wird verleumdet, verfolgt oder weggesperrt. Die Wiedereinführung der Todesstrafe erscheint hierbei nur eine logische Weiterentwicklung.

FASCHISMUS? - FASCHISIERUNG!

Mit der innenpolitischen Umstrukturierung ist die AKP-Regierung dabei die Türkei in einen ganz anderen Staat zu radikalisieren. Wir erleben das Ende der kemalistischen Republik und das Erstarren reaktionärster Herrschaft mit faschistischen Zügen, die ihre regionale Macht ausbaut.

Tatsächlich sind momentan schon wesentliche Merkmale des Faschismus erkennbar: Die stärksten Teile der Bourgeoisie setzen ihre Interessen nicht mehr im politisch-parlamentarischen Rahmen, sondern im offenen Schlagabtausch gegen andere Fraktionen der herrschenden Klasse durch – momentan scheint sich die auf selbständige regionale Dominanz abzielende Fraktion, politisch durch die AKP vertreten, gegen die Fraktionen, die eher von den alten kemalistischen Militärs, sowie dem zwar islamisch-konservativen aber sehr US-nahen Gülen vertreten werden, durchzusetzen. Die autoritären und antidemokratischen Veränderungen im Staatsapparat zersetzen alle formalen bürgerlichen Freiheitsrechte und bereiten das System darauf vor als Werkzeug der offenen Diktatur zu fungieren. Die aufgehetzte nationalistisch-islamistische Massenbewegung, die den Staatsterror auf der Straße fortführt, ist ein wesentliches Element der Herrschaftssicherung und -ausführung. Lediglich eine pseudo-sozialrevolutionäre Demagogie ist noch wenig entwickelt und unterscheidet die Lage in der Türkei von der Phase vor der Errichtung der europäischen faschistischen Diktaturen im zwanzigsten Jahrhundert.

Zwar ist die Türkei noch kein voll entwickeltes faschistisches System, denn diesem Bruch mit der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie stehen noch internationale Abhängigkeiten, bürgerlich-demokratische Formalien, (kleiner werdende) Teile des Staatsapparats und eine nicht unerhebliche Widerstandsbewegung im Weg. Aber es zeichnet sich schon eine klare Tendenz in Richtung Faschismus ab.

Für diese Phase, die also mit Recht als Vorbereitung der faschistischen Diktatur bezeichnet werden kann, ist der Begriff der Faschisierung angemessen.

TÜRKISCHE AUSSENPOLITIK: DAS STREBEN NACH HEGEMONIE IM NAHEN OSTEN

Die AKP sieht die Türkei als Erbe des Osmanischen Reiches und möchte nicht nur in seiner Identität und Politik asiatische, europäische und islamische Dimensionen vereinen, sondern ebenso sehr ein vom Westen unabhängige(re)s Machtzentrum werden. Dazu ist eine vielseitige Außenpolitik gefordert. Die Orientierungen auf Europa und Asien und den Nahen Osten sollen sich dabei nicht ausschließen, sondern (im Sinne und Interesse der AKP) ergänzen. Die Westanbindung ist sicherheitspolitisch mit der NATO und innen- und wirtschaftspolitisch über die EU nicht in Frage zu stellen. Und dennoch gibt es ein schrittweises Auseinanderdriften der Türkei von Europa und den USA.

Im Hintergrund stehen sicherlich auch das Ende des Kalten Kriegs, ein auf Pump aufgebaute wirtschaftlicher Aufschwung und zumindest ansatzweise ein wirtschaftlich größerer Spielraum. Als eines von wenigen Ländern hat die Türkei nach über 50 Jahren den Kredit an den Internationalen Währungsfond (IWF) zurückgezahlt. Ein weiterer Aspekt ist der Abschluss umfangreicher bilateraler Freihandelsabkommen zwischen Pakistan und der Türkei oder Vertragsunterzeichnungen dreier Verträge mit China zu nuklearer Sicherheit, Energie und Landwirtschaft. Auch die Gewinne der jungen türkischen Rüstungsindustrie sind in den letzten fünf Jahren von 800 Mio. auf 1,6 Mill. US-Dollar, und damit um 21 Prozent, gestiegen. Produziert werden Kriegsschiffe, Satellitensysteme, aber auch Kampfstiefel. Gerade wird die Serienproduktion eines Kampfpanzers der neusten Generation mit dem deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall vorbereitet. Käufer der billigen Produkte sind Aserbaidschan, Pakistan, Saudi-Arabien, die Vereinigte Arabische Emirate, Libanon und Nordafrika.

„Unsere Abhängigkeit von Rüstungsimporten ist von 80% im Jahr 2002 auf heute 40 % gesunken. Unser Ziel ist es, den Wert bis 2023 auf null Prozent zu reduzieren. Wir werden nicht nur unsere eigenen Anforderungen befriedigen, sondern auch zum Hauptlieferanten unserer befreundeten Staaten werden.“
(Erodgan, 2016)

Diese allseitige regionale Kooperation macht die Türkei zu einem unverzichtbaren Partner aller Nachbarregionen. Angestrebt wird die zentrale Gestaltungsrolle im Nahen Osten - mit Ankara als entscheidendem Akteur zukünftiger Entwicklung - einzunehmen. Eine Entwicklung, die für Europa hinsichtlich ihres Kampfes gegen den IS, Flucht- und Migrationsbewegungen wirtschaftlich und politisch in höchstem Maße problematisch ist. Problematisch deswegen, weil Erdogan dadurch Druckmittel in der Hand hat und mit dem Erpressungspotential gegenüber der EU – an seinen Grenzen die dreckige Migrationsbekämpfung zu übernehmen – Forderungen stellen kann. Außerdem wurde gerade die Türkei jahrelang als zentral für die europäische Energiesicherheit (Transitland für Energieversorgung), für den Wiederaufbau Syriens und Iraks sowie für die Ausbalancierung des gewachsenen russischen Einflusses angesehen. Die neue rhetorische Annäherung an Russland (Bau einer gemeinsame Raketenabwehrsystem und einer Gaspipeline), eine zuletzt sprunghafte Haltung hinsichtlich Syrien und der Umgang mit dem IS verärgern USA und Europa jedoch zusehends. Die aktuellen verbalen Eskalationen türkischer Politiker noch gar nicht mit eingerechnet.

Andererseits ist die Türkei ökonomisch u.a. durch das gesteigerte Exportvolumen von 47 Mill. US-Dollar im Jahr 2003 auf 143,7 Mill. in 2015 und einer Verdopplung der Tourismuseinnahmen, global stark eingebunden. Ihre Entwicklung hängt von internationalen Kapitalanlagen und führenden Banken ab. Wichtige Teile der türkischen Bourgeoisie sind von ausländischem Kapital abhängig. Die Kredite und Anlagen kommen hauptsächlich aus den EU-Staaten, die hohe Profite mittels Beteiligung an Bauaufträgen und Zinsen erwirtschaften. Bereits jetzt sorgt die politische Instabilität, eine durch billiges Geld befeuerte Immobilienblase und der diktatorische Kurs für Kapitalflucht, was in Anbetracht des Leistungsbilanzdefizites mit dem die Türkei seit Jahren zu kämpfen hat, schwerwiegende Folgen haben wird.

Faschisierung

Der Faschismus ist der offene Bruch mit dem bürgerlich-parlamentarischen System. Er ist die letzte Möglichkeit der kapitalistischen Herrschaftssicherung, nämlich dann, wenn die Integrationskraft und Legitimierung des Parlamentarismus nicht mehr funktioniert und die „reine“ Repression beispielsweise einer Militärdiktatur nicht ausreicht, um eine revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Die Kombination aus brutalem Staatsterror und einer gewalttätigen reaktionären Massenbewegung mit „sozialer Maske“ (sowie der Unterordnung schwächerer Kapitalfraktionen unter die stärkste), stellt einen direkten Bruch zur üblichen bürgerlichen Herrschaftsausübung dar. Auch historisch war die Errichtung des Faschismus immer ein solcher „Bruch“.

Natürlich kann sich dieser Bruch aber über einen begrenzten Zeitraum hinziehen. Hierfür halten wir den Begriff der „Faschisierung“ für richtig. In Deutschland etwa, kann wohl für die Zeit von 1930 bis Anfang 1933, von einer Phase gesprochen werden, in der maßgebliche Teile des Staatsapparats, des Militärs und des Kapitals, die Machtübergabe an die NSDAP vorbereiteten und die faschistische Bewegung auf der Straße immer mehr zum realen Machtfaktor wurde.

So wie der Begriff „Faschisierung“ häufig verwendet wird, suggeriert er dagegen es gäbe – zum Beispiel durch verschärfte Repressionsgesetze – ein langsames Hineinwachsen in den Faschismus. Allerdings ist ein System, das sich einzelner faschistischer Elemente bedient noch lange nicht als Ganzes faschistisch.

Die begriffliche Trennschärfe ist hier keine Beserwisserei, sondern hat Auswirkungen auf die Art wie wir Widerstand leisten (müssen): Im Faschismus gibt es keine legalen Formen des Widerstands, auf dem Weg zum Faschismus, müssen die verbliebenen legalen Möglichkeiten hingegen unbedingt ausgenutzt werden - ohne sich auf diese zu beschränken.



Momentan bildet aber der Krieg gegen die KurdInnen in der Türkei und in Rojava noch das Herzstück der AKP-Außenpolitik. Nicht ganz zu Unrecht wird die kämpfende kurdische Massenbewegung, mit ihren solidarischen, basisdemokratischen und tendenziell antikapitalistischen Gesellschaftsvorstellungen, als schwerwiegendes Hindernis auf dem Weg zur hegemonalen Kraft in der Region gesehen.

UNSERE SOLIDARITÄT GILT DEN REVOLUTIONÄREN KRÄFTEN

Trotz der Repression gegen alle fortschrittlichen Kräfte und dem Krieg gegen große Teile der kurdischen Bevölkerung, gibt es noch einen starken und vielfältigen Widerstand.

Die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten YPG/YPJ haben durch den Krieg enorme Erfahrung sammeln und ihre militärische Schlagkraft gegen Angriffe von Außen und den Islamischen Staat weiter ausbauen können. Der andauernde Kampf für den Aufbau von Rätestrukturen, eine emanzipatorische Gesellschaft, die Befreiung der Frau und ein selbstbestimmtes Leben und Wirtschaften haben der Rojava-Revolution ein enormes Selbstvertrauen gegeben, das in die ganze Region ausstrahlt. Diese Errungenschaften als solche zu benennen, zu verteidigen und aufzuzeigen, dass sich inmitten dunkelster, reaktionärer Regime und Banden, während einem grausamen Bürgerkrieg in den außerdem alle wesentlichen Imperialisten verwickelt sind, eine fortschrittliche gesellschaftliche Alternative auch zum neoliberalen Grundkonsens aufgetan hat, muss ein wesentliches Element unserer Solidarität sein.

Auch die HDP in der Türkei spielt eine wichtige Rolle in dem Widerstandsgefüge. Sie vereint ein breites Spektrum, linker, ziviler Kräfte. Von Öko-AktivistInnen, Homosexuellen-Gruppen bis hin zu aktiven GewerkschafterInnen und großen Teilen der kurdischen Befreiungsbewegung. Bei den Wahlen am 07.Juni 2015 hatten sie 13 Prozent bekommen. Auch bei den Neuwahlen kurz darauf, die mit Massakern, Angriffen auf die HDP-Büros und dem Krieg Kurdistan geführt wurden, hat sie es geschafft die 10 Prozent-Hürde zu knacken. Dies zeigt, dass die HDP sich in der politischen Arena verfestigen konnte. Damit ist sie, nachdem die MHP und CHP sich nach dem Putsch der AKP angeschlossen haben, die einzige parlamentarische Opposition in der Türkei, die diese Bühne, trotzdem tausende ihrer Funktionäre in den Knästen sitzen, unerschrocken nutzt.

Ein weiterer und wesentlicher Widerstandsblock bildet das Bündnis bewaffneter revolutionärer Gruppen und Parteien „Halkların Birleşik Devrim Hareketi“ - HBDH (Vereinigte revolutionäre Bewegung der Völker). Diese Allianz hat sämtliche revolutionären Kräfte – darunter auch die PKK – in der Türkei geeint, um zu einer gemeinsamen revolutionären Antwort auf die objektiven Bedingungen in der Türkei zu werden. Sie organisiert ihre Guerillaeinheiten in den Bergen und türkischen Städten. Die Zusammenführung ihrer Erfahrungen soll eine neue Etappe und

qualitativen Sprung für den revolutionären Kampf in der Türkei einläuten. Diesem Prozess gilt unser Interesse und unsere Solidarität!

Es ist mittlerweile mehr als eindeutig, dass es sich bei der AKP nicht um eine Partei handelt, die abwählbar ist. Sie hat das Erbe der Militärdiktatur übernommen – mit Erdogan, der den Kopf des Unterdrückungsapparates stellt. Erdogan hat mehrfach gezeigt, dass er gewillt ist seine Alleinherrschaft um jeden Preis zu verteidigen. Das muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden.

Unsere Solidarität gilt daher allen proletarischen, und fortschrittlichen Kräften, die Widerstand leisten. Ziel muss sein unsere Kämpfe mit ihrem Widerstand zu verknüpfen. In dieser Auseinandersetzung mit dem Kampf in der Türkei und der Organisation von praktischer Solidarität, können auch wir lernen und uns entwickeln. Abseitsstehen, Nicht-Verhalten, Abwarten – spielt letztlich nicht nur der fern scheinenden reaktionären türkischen Regierung in die Hände, sondern auch der herrschenden Klasse in der BRD. Denn der Nahe Osten und die Türkei sind momentan nicht nur ein Ort des reaktionären Rollbacks, sondern auch Orte an denen die Macht der Herrschenden relativ fragil ist. Die Schwächen und Krisen der Herrschenden auszunutzen und Widersprüche zuzuspitzen, heißt in diesem Sinn auch Möglichkeiten der revolutionären Veränderung zu erkennen und möglichst aufzugreifen!



Demonstration und Straßenblockade in der Stadt Diyarbakir

Proletarischer Internationalismus

Zuletzt hat die Inhaftierung des „Welt“-Journalisten Deniz Yücel in Erinnerung gerufen, dass nicht nur Linke und KurdInnen der Repression des türkischen Staates ausgesetzt sind, sondern auch – mit dem Imam Fethulla Gülen – Kräfte, die davor selbst zur herrschenden Klasse gerechnet werden konnten. Ganz abgesehen, dass man durchaus allen Opfern des Staatsterrors mit einem gewissen Maß an Solidarität begegnen sollte, wirft dies die Frage auf nach welchen Kriterien wir unsere Solidaritätsarbeit, unseren Internationalismus organisieren müssen.

„Proletarischer Internationalismus“ heißt zunächst ganz einfach, sich auf die unterdrückten Klassen eines anderen Landes zu beziehen. Nicht Teile der herrschenden Klasse, seien sie auch noch so verfolgt und schon gar nicht irgendeine europäische Regierung, sei sie momentan auch in einem noch so scharfen Widerspruch zu Erdogan, kann unser Bezugspunkt sein. Auch geostrategische Überlegungen a la „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ führen nur in die Irre. Stattdessen müssen wir uns an den sozialen und demokratischen Interessen der Bevölkerung orientieren, um einer proletarischen, also sozialistischen Position möglichst Nahe zu kommen. Das trifft momentan auf die kurdische Befreiungsbewegung zu. In Rojava sind – trotz aller Widersprüchlichkeiten – die sozialen und politischen Interessen der unterdrückten Klassen Grundlage für den Neuaufbau der dortigen Gesellschaft. Proletarischer Internationalismus bedeutet darüber hinaus, sich in den Kampf vor Ort nach Möglichkeiten direkt einzumischen und mitzuhelfen, ohne völlig darin aufzugehen. Solidarität sollte nicht nur aus einem moralischen Standpunkt heraus geübt werden, sondern auch um die anderswo gemachten Erfahrungen möglichst selbst im eigenen revolutionären Prozess verwerten zu können.



Celox für Rojava

Solidaritätskampagne mit dem Internationalen Freiheitsbataillon

Im Herzen des Nahen Ostens hat sich 2012 die Bevölkerung von Rojava (syrischer Teil Kurdistans) gegen die reaktionären Kräfte erhoben, welche die Region seit Jahrzehnten unterdrückten. Rojava wurde von Beginn an vom Islamischen Staat und anderen reaktionären Kräften angegriffen. Die Revolution in Rojava zeigt nicht nur für den Mittleren und Nahen Osten neue Perspektiven auf. Auch für uns ist sie von Bedeutung. Sie zeigt, dass eine andere Gesellschaftsform, in der nicht nach den Interessen einiger Weniger produziert und verteilt wird, möglich ist. In der statt Spaltung, Gleichberechtigung im Mittelpunkt steht und sich die Bevölkerung nicht länger regieren lässt, sondern über Rätestrukturen selbst über ihre Zukunft entscheidet.

Helfen wir den FreiheitskämpferInnen der YPG, der YPJ, des Internationalen Freiheitsbataillons (IFB), das verschiedene kommunistische, anarchistische und antifaschistische KämpferInnen vereint.

Unterstützen wir sie sowohl politisch, als auch materiell, indem wir ihnen blutstillende Wundauflagen des Typs „Celox“ besorgen. 60% der Schusswunden-Verletzten sterben durch Blutungen, während sie auf ihre Behandlung warten. Diese Auflagen stoppen die Blutungen schnell und kosten pro Stück 80 Euro. Die Celox Verbände werden an die KämpferInnen an der Front durch die zuständigen medizinischen Einheiten verteilt.

Unterstützt die Kampagne der Roten Hilfe International mit einer Spende für blutstillende Celox-Medikamente.

Spendenkonto

IBAN : CH82 0900 0000 8555 9939 2

BIC: POFICHBEXXX

Verwendung: Celox

Weitere Informationen zu der Kampagne:
www.de.rojava.xyz

perspektive
KOMMUNISMUS

perspektive-kommunismus.org